Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 21. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. Graf **Posadowsky** u. a.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes ein. Die Debatte wird eingeleitet vom

Schatzsekretär Graf **Posadowsky:** Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, unterscheidet sich in einigen Punkten von dem aus dem Jahre 1893. Man hat zunächst die Cigarren-Importe nicht der Fabrikatsteuer, sondern einem höheren Zoll unterworfen. Ferner sind die Kontrollvorschriften geändert und endlich ist die Forderung der Regierung in Bezug auf die Mehrerträge um 13 Millionen ermässigt worden. Daß ein Bedürfniß für die Erhöhung der Reichseinnahmen besteht, ergiebt sich schon daraus, daß der Ueberschuß, der aus 1895/96 in den Etat 1896/97 eingestellt werden wird, nur 3½ Millionen, d. h. 11 Millionen weniger betragen, wird als der Ueberschuß, der in den Etat von 1895/96 eingestellt worden ist. Außerdem ist die Ersparniß an den Heeres-Verpflegungskosten infolge der niederen Getreidepreise von 9½ Millionen weder zu erwarten, noch auch wünschenswerth. Das ergiebt also bereits ein Minderergebniß von 20¼ Millionen. Ferner ist zu erwägen, daß von der Militärvorlage noch 8½ Millionen rückständig sind, und die Reichsausgaben erfahrungsmäßig alljährlich sich um 4 Prozent erhöhen. Das würde für 1896/97 etwa 32 Millionen ausmachen. Wenn Sie das alles zusammennehmen, so glaube ich, kann gar kein Zweifel sein, daß die Reichsverwaltung, wenn sie den Etat balanciren soll, neue Mittel nöthig hat. Man hat bei der Vorlegung des Etats der Regierung vorgeworfen, sie habe ein künstliches Defizit gemacht und wolle neue Steuern auf Vorrath zur Bestreitung künftiger Ausgaben. Ich muß das bestreiten. Es ist anerkannt, auch von oppositioneller Seite, daß der Etat mit geradezu bürgerlicher Sparsamkeit aufgestellt worden ist. Nun kann man ja sagen, der Lauf der Entwicklung der Einnahmen stelle sich günstig und letztere würden sich auch für den Bedarf von 1896/97 wesentlich erhöhen. Jedenfalls aber werden sie nicht dem nachgewiesenen Bedarf entsprechen und außerdem ist auf einen Ueberschuß nicht mehr zu rechnen, weil jetzt das Veranschlagungsverfahren ein korrekteres ist. Aus der Tabaksteuer wollen wir einen Ertrag von 32 Millionen erzielen. Wird die Vorlage Gesetz, sind so umfangreiche Vorarbeiten erforderlich, daß vor dem 1. Juli das Gesetz nicht wirksam werden kann. Es wird aber auch in Zukunft großer Sparsamkeit bedürfen, um auch bei Bewilligung jener 32 Millionen die Balance zu halten. Der Reichstag hat auch die moralische Verpflichtung, für Mehreinnahmen zu sorgen; nachdem er der Militärvorlage und den Handelsverträgen zugestimmt hat, muß er auch die Deckung der Kosten resp. Ausfälle bewilligen. Eine Reichseinkommensteuer und eine Reichserbschaftssteuer sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen in diesem Hause aussichtslos. Das geht aus den Worten der Redner des Centrums deutlich hervor. Es fragt sich also, was bleibt übrig zur Beschaffung der fehlenden Mittel. Luxussteuern, die man vorgeschlagen hat, ergeben in der Praxis keine finanziellen Erträge und stoßen theoretisch auf Zustimmung, in der Praxis aber auf allgemeine Abneigung. Es bleiben also nur Bier und Tabak. Tabak dürfte ein reiner Luxusartikel sein, es ist ein Genuß, den sich jeder versagen kann ohne Schaden seines körperlichen Wohlbefindens, sogar zum Nutzen seiner Gesundheit. Bier ist auch ein Luxusartikel, wenigstens so weit es über den Durst getrunken wird. (Heiterkeit.) Wollten wir aber vorzugsweise das Bier heranziehen, so würde Süddeutschland noch erhöhte Matrikularbeiträge zahlen müssen, statt von der Finanzreform Vortheile zu haben, als Aequivalent für die Erhöhung der Brausteuer in Norddeutschland. Und dabei sind doch die Kosten der Militärvorlage eine Last, die gleichmäßig auf Norddeutschland wie auf Süddeutschland drückt. Haben wir also kein anderes Steuerobjekt als den Tabak, so fragt es sich, welches System sollen wir wählen. Die Intranligenten freilich, die überhaupt keine Erhöhung der Tabaksteuer wollen, thun gut daran, das jetzige System zu vertheidigen, weil dies nie höhere Erträge wird geben können. Versöhnlichere Elemente der Industrie, die zugeben, daß der Tabak mehr bringen kann, verweisen uns auf eine parallele Erhöhung des Zolles und der inländischen Steuer. Der Gedanke ist schön, aber nicht durchführbar. Denn er würde die Belastung ohne Rücksicht auf die Qualität noch verstärken und den inländischen Tabakbau zum Erliegen bringen. Der Vorschlag, nur den Zoll in Form von Staffelzöllen zu erhöhen, ist ebenfalls technisch nicht auszuführen. Schließlich ist vorgeschlagen, den inländischen Tabakbau entweder zu kontingentiren oder nach englischem Muster ganz zu verbieten und dann den Zoll auf 100—125 M. festzusetzen. Auch dies verbietet sich aus den verschiedensten Gründen; das Verbot besonders deshalb, weil man dann den bewährten Kleinbetrieb unterdrücken würde. Außerdem aber wächst die Gefahr des Schmuggels mit der Höhe des Zolles. So bleiben nur Monopol oder Fabrikatsteuer. Das Monopol wird indessen eine Mehrheit in diesem Hause nicht finden, und so bleibt einzig und allein die Fabrikatsteuer. Will man höhere Erträge aus der Tabaksteuer haben, so wird man zu dieser greifen müssen; es führt kein anderer Weg nach Kußnacht. Von der Fabrikatsteuer werden die Pflanzer manche Vortheile haben, vor allem den Fortfall der Feldkontrolle, dessen Vorbedingung die Fabrikatsteuer ist. Ferner ist es ein sehr wesentlicher Vorzug, daß die Erhebung der Steuer so weit von dem Pflanzer abgerückt wird. Denn jetzt ist er in oft sehr bedenklicher Abhängigkeit vom Händler. Die Besorgniß der Cigarrenhändler, daß der Konsum des Rauchtabaks zunehmen würde auf Kosten der Cigarren, ist nach allen Erfahrungen unzutreffend. Vor der Einheitssteuer bei Einführung der Fabrikatsteuer hat die Werthsteuer viele Vorzüge. Die Einheitssteuer hat ganz dieselben Mängel wie das jetzige System. Diese Fehler werden bei Einführung der von uns vorgeschlagenen Werthsteuer vermieden. Was den künftigen Konsum anbetrifft, so kann man ja alle möglichen Vermuthungen anstellen. Ich gebe auf alle solche Berechnungen nicht sehr viel, weil das Material gewöhnlich unzulänglich ist. Eins kann man aber sagen, daß die Zollerhöhung von 1879 auf den Konsum nicht erheblich eingewirkt hat. Der deutsche Tabakverein behauptet, das deutsche Volk könne für den Tabakgenuß auch keinen Pfennig mehr ausgeben als bisher. Das ist schon aus dem Grunde hinfällig, weil man außer in Monopolländern absolut nicht unterrichtet ist darüber, was für den Tabak ausgegeben wird. Die Erfahrungen beim Branntwein belehren uns, daß der Konsum pro Kopf trotz eingetretener höherer Belastungen nur ganz unwesentlich um 19½ Proz. zurückgegangen ist, obwohl der Branntwein zu den unentbehrlichen Genußmitteln für gewisse Berufskreise gehört. Daß der Konsum so stark zurückgehen und zahlreiche Arbeiterentlassungen eintreten würden, das halte ich für eine ganz frivole und unverantwortliche Behauptung. Das ist eine frivole Aufhetzung der Arbeiter gegen die Vorlagen der Regierung. Der ganze Kampf gegen die Tabakfabrikatsteuer ist nur der Kampf der 5 Pfennig-Cigarre gegen die verbündeten Regierungen. Aber gewiegte Kenner der Verhältnisse behaupten, daß die Tabakfabrikanten die Differenz zwischen dieser und der vorjährigen Vorlage bei der 5 Pf.-Cigarre bereits eskomptirt haben. Die von der Regierung vorgeschlagenen Kontrollmaßregeln sind so schonend wie möglich. Für die Kleinbetriebe sind besondere Erleichterungen vorgesehen. Die Behauptung, die Kleinbetriebe würden durch die Vorlage ruinirt, ist mir ganz unverständlich. Jeder chikanöse Charakter der Kontrolle soll vermieden werden. Wer leugnet, daß das Reich überhaupt neue Mittel braucht, oder den Einzelstaaten überlassen will, wie sie den steigenden Anforderungen des Reiches genügen wollen, für den ist diese Vorlage allerdings gleichgiltig. Wer aber die Verpflichtung in sich fühlt, für neue Mittel zu sorgen, wer sich bewußt ist, welche kolossale Bedeutung die Finanzreform für die innere Entwicklung Deutschlands und der Einzelstaaten hat, der wird eingehend prüfen müssen, ob man diesem Gesetze, welches jetzt in abgeschwächter Form vorliegt, zustimmen kann. Die Regierungen sind sehr geneigt, über alle Einzelheiten mit sich reden zu lassen und allen Wünschen zu genügen. Ein gewandter und beredter Vertreter der Tabakindustrie kann vielleicht diese Vorlage zu Falle bringen; aber die Mehrheit wird nicht imstande sein, den Schaden auszugleichen, den sie dem Vaterlande zufügt, wenn sie fortgesetzt die Mittel versagt, um zu einer geordneten Reform der Finanzen des Reiches zu kommen. (Beifall.)

Abg. **Müller** (Fulda, Ctr.): Auf die Aeußerungen des Vorredners kann ich erwidern, daß wir die Militärvorlage nicht bewilligt haben, also für die Deckung der Kosten nicht so verantwortlich sind, wie die, die zugestimmt haben. Das kann man zugeben, daß die Vorlage gegen die vorjährige verbessert ist. Aber sehr ins Gewicht fallen neben technischen Bedenken die wirthschaftlichen, namentlich im Interesse der Arbeiter. Weitere Beschränkungen richten sich dagegen, daß die jetzt allerdings noch mäßige Tabakfabrikatsteuer allmälig zu einer Schraube ohne Ende werden könnte. Die jetzt erstrebten 35 Millionen wird man leicht auf 100 Millionen bringen können. Bei großer Sparsamkeit können wir auskommen. Die Bewilligung neuer Einnahmen führt nur zu größeren Ausgaben, so daß wir immer wieder auf denselben Flecke sind. Immerhin bin ich dafür, daß wir die Vorlage an eine Kommission verweisen, die das herausschälen könnte, was gut und brauchbar ist, und was in allem dem Zweck entspricht, der uns allen vorschwebt, daß die schwächeren Schultern nicht belastet werden. Vorläufig wollen wir uns nicht auf den pure ablehnenden Standpunkt stellen; wir werden die Vorlage prüfen, wie weit wir sie zweckdienlich und annehmbar finden; soweit das nicht der Fall ist, werden wir sie ablehnen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Clemm** (Ludwigshafen) (nl.): Ich erkenne mit Freuden an, daß die Vorlage sich sowohl von der vorjährigen wie von der von 1879 vortheilhaft unterscheidet. Daß der Zoll auf den Satz von 40 Mk. festgesetzt werden soll, halte ich aber für sehr bedenklich und ich fürchte, daß dieser Zoll die Vortheile für den deutschen Tabakbauer illusorisch machen würde. Die Konkurrenz des ausländischen Zolles ruinirt den deutschen Tabakpflanzer. Es mußte daher unbedingt eine Zollerhöhung eintreten. Die ganz theuren Havannacigarren hätten ebenfalls nach ihrem Werthe höher besteuert werden können. Daß Arbeiterentlassungen in solchem Umfange vorkommen werden, wie behauptet wird, glaube ich nicht. Bis jetzt ist ein Niedergang der Industrie nicht zu konstatiren. Die Art und Weise, wie von einer Reihe von Fabrikanten die Agitation betrieben worden ist, muß ich als bedauerlich und unverantwortlich erklären. Es ist auch nicht abzusehen, weshalb ein Rückgang des Konsums eintreten sollte. Der Steueranschlag ist bei der 4 und 5 Pfg.-Cigarre zu gering, um einen Einfluß zu üben, auch könnte man ja die Cigarren etwas kleiner machen. Eine Kontrolle ist ja stets lästig, aber von einer Fabrikatsteuer unzertrennlich, denn die Konzentrirung des Tabakbaues halte ich für Deutschland undurchführbar. Die Bemessung der Tabaksteuer auf 40 Proz. für Rauch-, Schnupf- und Kautabak halte ich für glücklich gewählt. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Vorlage möglichst an und beantrage, sie an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. **Frese** (Fr. Vgg.): Der Schatzsekretär erklärte Luxussteuern als undurchführbar; dann sagte er aber auch, die Tabaksteuer sei eine Luxussteuer — da müßten wir sie doch erst recht ablehnen. Der Tabak ist aber kein Luxusartikel, sondern ein Genußmittel. Der Schatzsekretär sagt, es sei nur die Wahl zwischen Monopol oder Fabrikatsteuer; er scheint doch das Monopol gerne zu wollen, jedenfalls soll die Tabakfabrikation zahlen. Die Kontrolle ist in Amerika ist viel leichter als bei uns. Ueberhaupt lassen sich die Tabakverhältnisse bei uns, wo die Fünfpfennigcigarre der Hauptkonsumartikel ist, nicht mit den amerikanischen Verhältnissen vergleichen. Der Schatzsekretär möge sich bei Frhrn. v. Hammerstein erkundigen, wie sehr dieser Entwurf der Tabakindustrie an den Kragen geht. (Heiterkeit und Beifall.) — Ich gebe zu, daß hier eine überaus umfangreiche Arbeit vorliegt; schade nur, daß sie nicht auf einen besseren Gegenstand verwandt ist. Der Rauchtabak wird in der Vorlage außerordentlich gegenüber den Cigarren begünstigt; es wird dadurch aber eine Prämie auf den Gewichtstabak gesetzt, und es wird auf dem deutschen Tabakmarkte dieselbe Ueberproduktion eintreten wie 1879. Der Tabakanbau in Süddeutschland hat im vorigen Jahre stark zugenommen und das wird auch jetzt wieder der Fall sein; ein übermäßiger Zollschutz würde eine Prämie auf Ueberproduktion sein. Der Kautabak wird übermäßig belastet: derjenige, der jetzt 140 Pfennige kostet, wird in Zukunft 56 Pfennige theurer werden; er läßt sich aber nicht billiger herstellen als jetzt. Die Steuer auf ausländische Fabrikate soll eine Gewichtssteuer sein und ich gebe auch zu, daß es überaus schwer ist, hier eine prozentuale Fakturensteuer zu machen, weil die Fakturen vom Auslande kommen. Aber die Vorlage verläßt hier den idealen Gesichtspunkt, daß die Steuer nach dem Werth sich richten soll. Die teueren Importcigarren werden prozentual am niedrigsten belastet. Die inländischen Fabrikate sollen dazu noch die außerordentlich lästige Kontrolle erleiden. Die Art der Kontrolle setzt eine Prämie für den Fabrikanten darauf aus, den Rohtabak nicht an die Händler mit Fakturenbriefen, sondern freihändig zu verkaufen.

Die Vorlage nimmt an, daß das finanzielle Plus 32 Millionen sein wird. Ich bin der Meinung, daß der Konsum um ¼ zurückgehen wird und daß alles in allem nur 20 Millionen mehr herauskommen werden. — Die Erklärung des Abg. Müller habe ich so aufgefaßt, wie die vorjährige in der Hauptsache ablehnende Erklärung des Abg. Frhrn. Die Kontrolle wird überaus lästig und gar nicht durchführbar sein; der Händler und noch mehr der Privatmann werden keine Fakturen führen. Die Vorlage begünstigt den Großfabrikanten auf Kosten des kleinen. Der Konsum der billigen Cigarren, die die Hauptsteuern bringen sollen, wird außerordentlich zurückgehen; bei den Cigarren, die nicht geraucht werden, wird sich die Regierung aber vergeblich nach einer Steuer umsehen. Der Schatzsekretär verübelt unserer Tabakindustrie ihre Agitationen; wenn der Bund der Landwirthe agitirt, dann ist alles in schönster Ordnung, aber eine schwer bedrunghte Industrie darf das nicht! Ich rechne mir aus, daß mindestens 17,000 Arbeiter brotlos werden; der Fabrikant wird außerdem genöthigt sein, zu versuchen, den übrigen Arbeitern um den Betrag der Steuererhöhung den Lohn zu kürzen. In der Frage der Doppelwährung legt die Regierung solchen Werth auf die Lage der Arbeiter in den Silberbergwerken, weshalb wollen Sie dieselbe Rücksicht nicht auch gegenüber den Arbeitern in der Tabakindustrie walten lassen? Keine Industrie ist so lange und so fortwährend schwer bedrunghigt worden wie die Tabakindustrie. Andere Industrien rufen nach Staatshülfe; die Tabakindustrie will nichts, als daß man sie in Ruhe läßt. (Beifall.)

Abg. Graf **von Holstein** (kons.): Der größte Theil meiner politischen Freunde steht der Vorlage freundlich gegenüber, glauben sie auch im wesentlichen annehmen zu können; eine bindende Erklärung können wir aber erst nach der Kommissionsberathung abgeben. Der Raucher wird nicht sehr belastet werden; wer eine Pfeife raucht, wird sie nicht mehr so fest stopfen und wird für seine Pfeife Tabak nicht mehr bezahlen als bisher. (Lachen links.) Bei jeder neuen Steuer schildern die Interessenten die Sachlage so, als würden sie sämmtlich ruinirt werden; so ist es auch jetzt. Die Unbegründetheit dieser Schilderungen wird sich in der Kommission ergeben. Wir müssen aus dem jetzigen finanziellen Zustande herauskommen (Beifall rechts); der deutsche Raucher wird sich auch später seine Cigarre anzünden, auch wenn sie etwas mehr kostet. Es wird sehr vielfach die Frage aufgeworfen, weshalb sich Ihr nicht bei dem Suchen nach neuen Steuern lieber auf das Bier gekommen? Ja, ich weiß das auch nicht. Ich freue mich, daß ich nach langer Zeit wieder einmal vom Bundesrathstische das Wort „Bier" gehört habe (Heiterkeit). Die Steuer, die sich das deutsche Publikum durch die Trinkgelder selbst auferlegt, ist viel höher, als eine Steuer, die das Reich machen würde (Sehr richtig!). Der Deutsche wird das Bier-Trinken nicht aufgeben, ich muthe ihm das auch nicht zu; er wird sagen, ich trinke fürs Vaterland! (Heiterkeit.) Wenn wir an Stelle der vielen Steuern, die eingebracht und abgelehnt werden, eine Biersteuer beschließen, wird das Land uns das danken (Beifall rechts).

Abg. **Förster** (Neuß. Soz.): Petitionen mit über 1 Million Unterschriften haben sich gegen die Tabakfabrikationssteuer erklärt. Daß die Vorlage nach der vorjährigen Ablehnung wieder eingebracht ist, ist so recht ein Beispiel für das parlamentarische Regime, das wir haben. Gewiß sind die Steuersätze herabgemildert gegen das Vorjahr; aber sie bieten keine Bürgschaft dafür, daß sie in dieser Höhe bleiben. Denn der fiskalische Zweck ist bei der Vorlage die Hauptsache, und dieser kann nicht erreicht werden, weil die Vorlage den Konsumrückgang viel zu niedrig annimmt. Der Tabakgenuß ist kein Luxus, wie der Schatzsekretär meint. Tabak steht gewiß auf gleicher Höhe wie etwa Kaffee. Es ist doch eine triviale Redensart, wenn man sagt: geraucht wird immer. Die Zahl der leidenschaftlichen Raucher ist gegenüber der großen Masse der Tabakkonsumenten eine sehr geringe. Ein finanzielles Plus kann aus einer weiteren Belastung des Konsums nicht herauskommen, weil zu gleicher Zeit ein großer Konsumrückgang eintreten muß. Der Schatzsekretär stellt es so dar, als ob diese Vorlage in ganz besonderem Interesse der deutschen Tabakbauern liege. Bei dem rein fiskalischen Charakter der Vorlage werden die Tabakbauern aber gar keinen Vortheil haben. Der deutsche Tabak muß in Verbindung mit amerikanischem Tabak verarbeitet werden, wenn er genießbar sein soll. Wie kann man da noch eine Erhöhung des Tabakzolles vorschlagen! Der Schatzsekretär meint, die Pfennigbruchtheile würden ohne Verbrauerung im Handel sich ausgleichen; der Arbeiter kauft aber nicht eine ganze Kiste, sondern nur eine oder zwei Cigarren, folglich muß der Bruchtheil sich auf ganze Pfennige abrunden. Man kann das Ding drehen wie man will, um die Thatsache, daß ein Konsumrückgang eintreten wird, kommen sie nicht herum. Der Arbeiter, der bisher 6 Cigarren für 30 Pfennige in der Woche rauchte, kann auch in Zukunft nicht mehr ausgeben, und wird nur fünf Cigarren rauchen. Je höher Sie die Sätze schrauben, desto mehr schränkt sich der Kreis der Produzenten ein. Und der Rest der Fabrikanten, der übrig bleibt, wird schließlich der Regierung das Tabakmonopol auf dem Präsentirteller entgegenbringen. (Sehr richtig!) Dieser Aderlaß wird keine Blutung mehr verursachen, sondern eine Verblutung der Industrie. Die Fabrikanten werden genöthigt sein, ihren Ausfall durch Herabdrücken der Löhne einzubringen. Der Schatzsekretär ist kein Fachmann, sonst würde er wissen, daß alle Sorten Rohtabake zu den verschiedensten Preislagen auf den Markt kommen, daß aber von Preisschwankungen bei einer und derselben Sorte nicht die Rede ist. Daher kann der Schatzsekretär nicht für sich anführen, daß die Fabrikanten auf die Steuer sich eingerichtet hätten; sie haben kein anderes Mittel als Lohndrückerei gegen die Folgen der Steuer. Schon heute befindet sich wegen der allgemeinen Depression die Tabakindustrie in einer sehr gedrückten Lage. Der Redner des Centrums meinte, in der Kommission werde man das Gute aus der Vorlage herausschälen können. Ich weiß nicht, welches Gute er in der Vorlage zu finden hofft. Die Vorlage ist unannehmbar für uns; wird sie gemildert, so ist sie für die Regierung unannehmbar. Es bleibt nichts übrig, als mit Rücksicht auf die sozialpolitischen Wirkungen die Vorlage abzulehnen. Abg. Bassermann hat im vorigen Jahre erklärt, die nationalliberale Partei müsse die Tabaksteuer-Vorlage mit schwerem Herzen ablehnen; aber der Reichstag, der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt ist, müsse der Vermehrung der indirekten Steuern endlich eine Grenze ziehen. Ganz besonders aber ist das der Fall, wo es sich um eine so verbreitete Industrie, wie die Tabakindustrie, handelt. Wie stimmt diese Vorlage mit der sozialen Fürsorge für die Arbeiter? Frhr. von Stumm ist freilich fertig mit der Sache, er sagt, die Arbeiter kommen dann aus den Tabakfabriken heraus und werden nutzbar für die Landwirthschaft. So kann nur Jemand sprechen, der soviel von der Sache versteht, wie Frhr. v. Stumm. Wir wollen das Elend, das ohnehin schon groß genug ist, nicht noch vermehren. Wir haben die Militärvorlage nicht bewilligt. Will man aber Geld haben, so führe man die Reichseinkommensteuer ein. Die staatsrechtlichen Bedenken können doch nicht ins Gewicht fallen gegenüber den sozialpolitischen. Wir lehnen die Vorlage kurzerhand ab. Nehmen Sie sie an, dann können Sie sich aber nachher nicht darauf berufen, die Wirkungen nicht vorausgesehen zu haben (Beifall links.).

Während dieser Rede ist der Reichskanzler Fürst Hohenlohe im Hause erschienen.

Abg. **Zimmermann** (Antis.): Wir können unser Befremden nicht verhehlen, daß die Vorlage diesmal wieder gekommen ist, nachdem sie im vorigen Jahre so entschieden abgelehnt ist. Protestiren möchte ich aber ebenso entschieden dagegen, daß man uns mit einer Biersteuer kommt. Die Kosten der Militärvorlage hätte man durch schärfere Heranziehung der Börsensteuer vollständig decken können. Und eine Verantwortung für den Ausfall, der die Folge der Handelsverträge ist, lehnen wir ab; möge sich die Regierung an ihre damaligen Stützen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten, halten. Die Vorlage sieht nicht im Einklange mit dem Versprechen des Grafen Caprivi, daß die schwachen Schultern nicht belastet werden sollen. Weshalb führt man nicht die Wehrsteuer und die Reichseinkommensteuer ein? Auch von der Börsenreform ist es still geworden. Diese Vorlage besorgt nur die Geschäfte des Großkapitalisten. Wir stimmen auch gegen die Kommissionsberathung.

Die weitere Berathung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Beim Kap. „Polizeiverwaltung in Berlin" bringt

Abg. Graf **Douglas** (frk.) die weite Verbreitung der Infektionskrankheiten in großen Städten zur Sprache, woran der große Verkehr sowie das Schleppentragen der Damen auf der Straße die Schuld mit trägen. Redner verlangt eine Verbesserung der Fuhrwerke, die Infektionskranke befördern.

Abg. Dr. **Langerhans** (Frs. Volksp.) giebt die geschilderten Uebelstände zu. Die Schädlichkeit des Schleppentragens lasse sich gar nicht leugnen, denn dadurch werden eine Menge Krankheitskeime aufgewirbelt und in die Wohnungen geschleppt. Aber mit Gewalt dürfe man dagegen nicht vorgehen. Es wäre eine Brutalität, wenn man den Damen auf der Straße auf die Schleppe träte. Die Frage der Infektion sei nicht unbestritten. Eine Menge Desinfektionsmittel würden doch mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950222024/fragment/page=0001

Zeit verworfen. Das beste prophylaktische Mittel bleibe die Reinlichkeit.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen".

Auf eine Beschwerde des

Abg. Dr. **Rzepnikowski** (Pole) entgegnet

Minister **v. Köller**: Der Herr Abg. — — Rep — (Heiterkeit) — ich wußte den Namen nicht. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat sich beschwert über eine Verfügung des Regierungs-Präsidenten in Marienwerder, die das Aufführen eines polnischen Theaterstückes in Westpreußen verbot. Der Vorredner hat daraus geschlossen, der Präsident wolle das Aufführen polnischer Stücke generell verhindern. Das ist nicht der Fall. Um die polizeiliche Beurtheilung eines Theaterstückes zu ermöglichen, muß man doch dasselbe lesen können. Der Regierungspräsident in Marienwerder hat zuvor eine deutsche Uebersetzung haben wollen, und die ist nicht eingegangen. So erfolgte das Verbot. Der Vorredner fordert nun das Institut von polnisch sprechenden Ablaten bei den einzelnen Behörden, die die polnischen Stücke censiren bezw. übersetzen sollen. Diese Forderung geht zu weit. Wer ein Theaterstück aufführen will, hat selbst dafür zu sorgen, der Censurbehörde die Mittel zur Beurtheilung an die Hand zu geben. (Beifall rechts.)

Abg. **Motty** (Pole) bemerkt, es sei Sache jeder Behörde, in Landestheilen mit fremder Sprache auch Beamte anzustellen, die diese verständen.

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ctr.) benutzt die Gelegenheit, um den allgemeinen Niedergang des deutschen Theaters zu beklagen. Das Theater müsse schärfer beaufsichtigt werden, um nicht fortgesetzt durch Aufführung schlechter Stücke schädigend auf Ordnung und Sitte wirken zu können.

Minister **v. Köller** giebt dem Redner Recht. Man möge nur auf verschiedene Berliner Bühnen sehen! Die Bühnen seien eben herabgesunken zu reinen Erwerbsinstituten, und die neuen Theaterstücke sind geeignet, die Moral zu untergraben. (Zuruf: Schriftsteller!) Ich wünschte, ich könnte hier auch auf die moderne Schriftstellerei eingehen. (Abg. **Rickert**: Das kann schön werden!) Die Moral des Volkes ist in Gefahr, verdorben zu werden. (Abg. **Rickert**: Sehr richtig! Durch die Interessenwirthschaft.) Daß solche Stücke, wie „Die Weber", verschiedentlich noch immer aufgeführt werden, ist entschieden bedauerlich. (Bravo rechts und im Centrum). Verschiedene Polizeipräsidien haben die „Weber" untersagt; die Klage über diese Verfügungen sind an das Oberverwaltungsgericht gegangen, und dieses hat in zwei Fällen die Verfügung als nicht zutreffend bezeichnet. Glücklicherweise handelt es sich in jedem Oberverwaltungsgerichtsurtheil nur um einen Fall, es hat keine generelle Bedeutung. Ich hoffe von den Polizeibehörden im Lande, daß sie immer von Neuem diesen Fall zur Entscheidung bringen werden. (Bravo! rechts.) Dem Polizeipräsidium, welches die Aufführung der „Weber" vor acht Tagen untersagte, will ich hiermit meinen Dank aussprechen. (Bravo, rechts.) An den Urtheilen der Presse über meine Person liegt mir nichts; ich werde einfach das thun, was meine Pflicht ist, um allen subversiven Elementen entgegen zu treten. (Bravo und Widerspruch.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** (dk.) dankt dem Minister für seine Ausführungen.

Abg. **Rickert** (frs. Vgg.). Mein Gewissen zwingt mich geradezu zu einer Entgegnung auf die Ausführungen des Ministers. Hat er nicht in seiner Kritik des obersten Verwaltungsgerichtshofes beinahe selbst als „subversives Element" gewirkt? (Zustimmung und Widerspruch.) Die Moral des Volkes ist allerdings in Gefahr in Folge der sich überall breit machenden gemeinen Interessenwirthschaft (Beifall und Widerspruch, große Unruhe). Ordnung, Sitte und Moral werden nicht unterdrückt durch Theaterstücke, sondern durch den wirthschaftlichen Egoismus und die Agitation gewisser Kreise. (Beifall und Widerspruch.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** tritt den Ausführungen Rickerts entgegen.

Minister **v. Köller**: Herr Rickert hat gesagt, sein Gewissen zwinge ihn dazu, mir in der letzten Angelegenheit zu antworten. Er meinte, Interessenwirthschaft mache sich überall breit. Nun, so möge denn Herr Rickert Sorge tragen, diesen Uebelstand in seinen Kreisen abzustellen! (Zustimmung rechts.) Ich habe die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtshofes keineswegs tendenziös herabzusetzen versucht. Der Entscheid dieses Gerichts ist bekanntlich verschieden ausgefallen, und dieses hat diese Verschiedenheit auf lokale Umstände zurückgeführt. Ich habe nur dem Wunsche Ausdruck geben wollen, daß diese Begründung wegfallen und das Verbot des Stückes „Die Weber" baldigst ein allgemein gültiges werden möge. Wie lange sollen wir noch dulden, daß von der Bühne herab und aus den Büchern die moralische Grundlage unseres Volkslebens vernichtet wird?! (Beifall und Widerspruch.) Noch haben wir die Macht hinter uns, dem energisch entgegenzutreten. Aus Herrn Rickerts Kritik mache ich mir ebensowenig, wie aus den Urtheilen der gesammten Presse.

Abg. Frhr. **v. Heereman** stimmt im Allgemeinen den Ausführungen des Ministers und des Abg. Limburg zu. Wenn sich das Centrum nach Ansicht der Konservativen nicht genügend an dem Kampf für „Religion, Sitte und Ordnung" betheiligte, so sei diese Auffassung irrig. Die Reste des Kulturkampfes müßten allerdings beseitigt werden.

Abg. Dr. **Hobrecht** (nl.) erklärt sich zum großen Theil mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Das Oberverwaltungsgericht dürfe freilich nicht angetastet werden. Nach der letzten Erklärung des Ministers habe das ja auch nicht in seiner Absicht gelegen.

Abg. **Rickert** (freis. Vgg.): Die Arbeiter sehen sich „Die Weber" weniger an, als die Leute der höheren Gesellschaftskreise; das Verbot ist also überflüssig. Noch heute zu urtheilen, hat sich ja der Minister seine alte Frische in der Debattirungsweise gewahrt; er wird mir aber auch gestatten, daß ich der Alte bleibe. Ich bleibe auch dabei, daß der Minister eine scharfe Kritik am obersten Verwaltungsgerichtshof geübt hat. Ich bitte den Minister, doch in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein. Nun, wir werden uns noch im Reichstage über diese Materie unterhalten können.

Minister **v. Köller**: Ich bin auch der Alte geblieben, und Herr Rickert wird mir auch gestatten, daß ich ihm erkläre, auch in Zukunft nicht der Befolgung seiner Rathschläge enthalten zu wollen. (Beifall rechts.) Ich muß mich nochmals gegen den Vorwurf verwahren, als hätte ich den Entscheid des Oberverwaltungsgerichtes kritisirt. Ich habe nur der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß bald ein anderer Entscheid folgen werde. Das darf ich. Ebenso werde ich es mir durch Herrn Rickert nicht verwehren lassen, die mir untergeordneten Polizeibehörden anzuweisen, wie ich es für gut und nothwendig erachte.

Danach wird das Kapitel bewilligt.

Bei Kapitel „**Wohlthätigkeitszwecke**" bemängelt

Abg. Dr. **Arendt** (freis.) die allzuhäufige Konzessionirung von Privatlotterien, die geeignet seien, die Spielwuth im Volke zu fördern.

Bei Kapitel „**Allgemeine Ausgaben für verschiedene Zwecke**" spricht

Abg. Dr. **Arendt** (freis.) dem Minister seine Anerkennung aus für die Schaffung der offiziösen „Berliner Korresp.", die geeignet sei, der Verwilderung der sich bisher als offiziös gebenden Presse zu steuern. Jetzt möge die Regierung nun aber auch wirklich maßgebende Preßauslassungen nur dem „Reichsanzeiger" und der genannten Korrespondenz anvertrauen und nicht mehr freiwillig gouvernementalen Blättern! Andererseits werde der Unklarheit von neuem Thür und Thor geöffnet.

Minister. **v. Köller** giebt zunächst eine abfällige Kritik der heutigen Preßzustände. Uebertreibung und Unwahrheit seien die Hauptkennzeichen des modernen Zeitungswesens. Die Regierung mußte daher die Schaffung wenigstens eines Organs anstreben, zu dem Zwecke, allen anderweitig verbreiteten Unwahrheiten in Bezug auf Maßnahmen der Regierung offiziell entgegen zu treten. Dieses Organ ist die „Berl. Korresp." Langweilig wird ja die Korrespondenz natürlich bleiben, weil sie eben die reine trockene Wahrheit berichtet. Die Korrespondenz ist auch noch jung; um so weniger kann man Vollkommenes von ihr verlangen. Nützlich gewirkt hat sie schon und wird es auch weiterthun. Die Regierung hat jetzt zwei eigene Blätter zur Verfügung: den offiziellen „Reichsanzeiger" und die offiziöse „Berl. Korresp." Daß einmal ein Regierungsvertreter auch anderen Redaktionen hie und da Informationen zukommen läßt, kann natürlich vorkommen. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird bewilligt. Damit ist der Etat des Ministeriums des Innern erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Fischerei der Ufereigenthümer in den Privatflüssen der Rheinprovinz.

Der Entwurf wird einer Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr (zweite Berathung des Kultusetats.)

Schluß 3½ Uhr.

Zur Lage in Eisleben.

R. Eisleben, 21. Febr.

Gestern abend fand, wie schon kurz mitgetheilt, im „Kaiserhofe" eine Versammlung statt, welche sich mit den Fragen zu beschäftigen hatte: Soll jetzt etwas für Eisleben, wie soll etwas geschehen. Nach den einleitenden Worten des Professor **Mehlitz**, welcher die Nothwendigkeit der Zusammenkunft darlegte, und nachdem Goldarbeiter **Recke** als das umfassendste Mittel zur Hilfe einen Appell an die öffentliche Mildthätigkeit bezeichnet hatte, äußert Bürgermeister **Welcker** etwa:

Ich bin der Meinung, daß der Zeitpunkt zu einer Anrufung der öffentlichen Mildthätigkeit noch nicht gekommen ist; erst dann, wenn die stattfindenden Beschädigungen aufgehört haben, wird diese Angelegenheit sich erledigen lassen. Für ein Almosen danken die geschädigten Hausbesitzer und verlangen mit vollem Recht ihr Recht. Vor Wochen habe ich den bis dahin entstandenen Schaden überschlagen und habe dabei ½ Million M. herausgerechnet. Das war vor mehreren Wochen; seitdem sind die Beschädigungen aber nicht etwa zum Stillstand gekommen, sondern setzen sich ununterbrochen fort. Hinzu kommen noch andere indirekte Schädigungen. Wenn auch die Staatshilfe in etwas weitere Ferne gerückt ist, so ist doch die Aussicht auf dieselbe nicht hoffnungslos. Sollte aber von Ihnen die öffentliche Mildthätigkeit angerufen werden, dann wird der Staat auf sein Eingreifen verzichten. Ich fürchte, daß eine jetzige Sammlung ein trauriges Ergebnis bringen wird. Der Herr Regierungspräsident warnt dringend davor, jetzt vorzugehen, da dann auch nach seiner Meinung die Staatshilfe zurückkreten wird.

Geheimrath **Leuschner** lehnt eine Schuld des Bergbaues an den Vorgängen in der Hauptsache ab. Eisleben ist zunächst gar nicht in der Lage, auf die öffentliche Mildthätigkeit Anspruch zu erheben; es herrscht hier noch fast allüglich so viel Lust und Freude in den öffentlichen Lokalen, daß die Fernstehenden gar nicht glauben können, daß daß Unglück so groß ist, wie nach auswärts geschildert wird. Ob auf dem Wege einer Lotterie einmal geholfen werden kann, das lasse ich dahingestellt. Vor einiger Zeit herrschte in den Kreisen der Staatsregierung eine gewisse Neigung, zur Hilfeleistung in Eisleben vorzugehen. Auch heute schwebt diese Angelegenheit noch, und deshalb halte ich ein jetziges Vorgehen unsererseits für nicht zweckmäßig. Ich möchte Ihnen aber empfehlen, die Angelegenheit im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache bringen zu lassen. Sie müßten dann unseren Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Otto Arendt ersuchen, bei Gelegenheit der Etatsberathung die Sache zur Sprache zu bringen. Ich denke so, daß gewisse Fonds für die Beschädigten zur Disposition gestellt werden, aus denen dann der Magistrat unserer Stadt, nach Feststellung der Schäden, die Entschädigungen vornimmt.

Der folgende Redner war Stadtrath **Georgi**, welcher die Frage: Soll etwas geschehen, bejahte, ebenso insofern, daß bald etwas geschehen muß. Freilich müsse abgewartet werden, bis eine Kundgebung der Staatsregierung erfolgt ist. In Schneidemühl hat auch der Staat nicht allein helfen können, es mußte deshalb ein Aufruf erlassen werden, an dessen Spitze der Oberpräsident, der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister der Stadt und andere Herren standen. Dort waren nach dem Aufrufe etwa 20 Häuser schwer beschädigt. Der Schaden wurde auf über 1 Mill. M. angegeben. Auch eine Lotterie wurde zum Besten der Betroffenen veranstaltet. Hier bei uns liegen die Verhältnisse mindestens ebenso traurig wie damals in Schneidemühl.

Prokurist **Feuerstack** möchte im Interesse des geschäftlichen Kredits warnen, an die öffentliche Mildthätigkeit heranzutreten, dann könnte derselbe noch mehr geschädigt werden.

Rektor **Storbeck**, einer der geschädigten Hausbesitzer, weist darauf hin, daß unter den geschädigten Hausbesitzern ein großer Theil sich befindet, welcher erst zum Austrag gebracht sehen möchte, von wem man mit Recht Entschädigung verlangen kann. Wenn niemand für den Schaden verantwortlich gemacht werden kann, dann erst wird es Zeit sein, an eine Entschädigung zu gehen. Jetzt kann es sich nur darum handeln, ob Hausbesitzer da sind, welche den Ausgang der Sache nicht erwarten können. Für diese Betroffenen sind die von der Stadt zur Verfügung gestellten 10,000 M. da, vielleicht auch Kreis- oder Provinzialmittel. Von einer Entschädigung heute zu reden, wäre verfehlt.

Auch Landrath v. **Wedel** glaubt, daß jetzt von einer Entschädigung der betr. Hausbesitzer abgesehen werden muß, da sich der Schaden zur Zeit unmöglich normiren läßt. Wenn im Wege des Rechtes vielleicht der zur Entschädigung Verpflichtete festgestellt ist, dann wäre ein Appell an die öffentliche Mildthätigkeit möglich. Dann würden sich auch die Provinzial- und Kreisbehörden an die Spitze eines zu erlassenden Aufrufes stellen. Zur Zeit müssen wir eine solche Betheiligung jedoch ablehnen. Fonds für solche Zwecke existiren weder in der Provinz noch im Staate; beschafft könnte ein solcher nur durch eine besondere Auflage bei der Steuer werden. Der Herr Regierungs-Präsident ist heute in dieser Sache beim Minister, und der ist zu einer Unterstützung bereit, wenn auch die Provinz mit eintritt. Auch ich habe auf dem Provinziallandtage Gelegenheit gehabt, mit mehreren maßgebenden Personen über die Lage Eislebens zu sprechen. Die Stimmung des Kreistages über diese Sache kenne ich nicht; zu einer Bewilligung von Kreismitteln für solche Zwecke muß aber eine ⅔ Majorität vorhanden sein. In welcher Weise die vorhandenen 10,000 M. vertheilt werden sollen, das ist eine schwierige Aufgabe; es wird jeder dieselben beanspruchen und schließlich wird die Unzufriedenheit groß sein. Namens der Staatsregierung kann ich erklären, daß sie sich an die Spitze eines öffentlichen Aufrufes stellen wird, falls auf dem Wege des Rechtes der zur Entschädigung Verpflichtete nicht zu ermitteln ist.

Bäckermeister **Vogel** regt die Bildung eines Komitees an, welches die Sache im Auge zu behalten habe. Die Hoffnung auf eine Kreishilfe würde sich noch den gehabten Beispielen als eine trügerische bezeichnen. Professor **Mehlitz** meint: Auf den Ausgang des gegen die Mansfelder Gewerkschaft angestrengten Prozesses zu warten, ist verfehlt. In der zwischenzeit kann so viel geschehen, daß wir alle dastehen und wissen nicht, was wir thun sollen.

Landrath v. **Wedel**: Der Weg zum Finanzminister geht durchs Abgeordnetenhaus und dort wird derselbe die an ihn zu richtende Interpellation auch beantworten. Darüber, daß das Gutachten des Geheimen Baurath Henoch bis jetzt nicht bekannt wurde, herrscht eine lebhafte Unzufriedenheit in der Stadt. Jetzt ist dieses Gutachten frei und liegt beim Herrn Bürgermeister zu jedermanns Einsicht aus.

Bürgermeister **Welcker** betonte hierauf: Herr Dr. Arendt hat sich bereits früher bereit erklärt, die Angelegenheit Eislebens im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen. Wir haben ihn aber gebeten, davon Abstand zu nehmen, da damals die Aussicht auf eine Staatshilfe eine bessere war als heute. Wenn wir Herrn Dr. Arendt um eine Interpellation bitten, dann wird er sicherlich unseren Wunsch erfüllen. Zunächst kann solche Besprechung die Unterstützung nicht bringen, aber es wird damit Sicherheit und Klarheit in der Sache geschaffen.

Die Frage, ob irgend etwas zu geschehen habe, wurde hierauf einstimmig angenommen; die Frage, was geschehen soll, gleichfalls. Zu der Frage, ob außerdem noch etwas geschehen kann, meinte Professor **Mehlitz**: Unter normalen Verhältnissen müßte eine ganze Reihe heute noch bewohnter Häuser polizeilich geschlossen werden; ich erinnere nur an die Häuser auf der Klippe. Es ist aber bald gesagt, die Leute zu nöthigen auszuziehen, aber nicht wohin. Die berühmten 10,000 M. der Stadt sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Es folgte Lotterie-Einnehmer **Emil Steinkopf**: Daß die Sparkassen ein specielles Interesse an der Sache haben, leuchtet ein. Die Feuerversicherungen kontrolliren bereits die bei ihnen versicherten Häuser, und wenn dieselben werthlos gefunden werden, dann wird die Versicherung gekündigt. Wohin die Leute geschafft werden sollen, wenn eine Katastrophe eintritt, dafür muß das zu bildende Komitee Rath schaffen. In dem nicht geschädigten Theile der Stadt stehen eine Masse Wohnungen bereits leer und immer mehr Personen, die nicht an Eisleben gebunden sind, ziehen fort von hier. Leider Gottes hat die Mansfelder Gewerkschaft ihren Betrieb noch nicht voll wieder aufnehmen können. Vielleicht bietet das leerstehende große Schlafhaus der Mansfelder Gewerkschaft an der Wimmelburger Chaussee vielen Leuten Unterkunft im Falle einer Katastrophe.

Alsdann sagte Geheimrath **Leuschner**: Vom technischen Standpunkte aus muß eine bevorstehende Katastrophe als reiner Unsinn bezeichnet werden. Die Ansicht, daß sich unter Eisleben colossale Hohlräume befinden, ist nicht zu beweisen. Die Mansfelder Gewerkschaft arbeitet zwar nicht mit vollem Betriebe, aber doch in dem Umfange wieder wie in den letzten Jahren. Bei der Veröffentlichung des nächsten Jahresberichts der Gewerkschaft werden Sie sich wundern, mit welchen großen Zuschüssen dieselbe arbeitet. Der Betrieb wird nur im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aufrecht erhalten, denn im anderen Falle würden das Elend und die Noth unbeschreiblich sein. Wenn wirklich eine Katastrophe eintreten sollte, die ich für ausgeschlossen halte, dann ist die Gewerkschaft gern bereit, Ihnen hilfreich zur Seite zu stehen.

Professor **Mehlitz** fand die Ansicht des Vorredners zwar sehr tröstlich, doch könne kein Mensch eine Garantie dafür bieten, daß nichts geschehen wird.

Nachdem dann die 6 Einberufer dieser Versammlung, Stadtverordnete, in das Komitee gewählt waren, erfolgte die Deputirung des Bürgermeisters Welcker in dasselbe. Dieses Komitee wird nunmehr so schnell als möglich die Interpellation im Abgeordnetenhause durch unsere Landtagsabgeordneten zu bewirken suchen. Auf eine Anfrage erklärte Bürgermeister **Welcker**, daß er keine Befugniß habe, das sehr umfangreiche Henoch'sche Gutachten zu veröffentlichen, daß es aber jedermann frei stehe, dasselbe einzusehen. — Hoffentlich wird nun endlich die so lange und so sehr herbeigesehnte Hilfe für die Geschädigten nicht mehr auf sich warten lassen.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 21. Febr. (Mehlbörse.) Preise für netto 100 kg. Kaiser-Auszug 22,50 bis 23,00 M., Weizenmehl 00 19,50 bis 20,00 M., Weizenmehl 0 17,00 bis 18,00 M., Roggenmehl 0 18,00 —,— M., Roggenmehl 0/1 17,00 bis —,— M., Futtermehl 11,50 bis 12,50 M., Roggenkleie 7,75 bis 8,50 M., Weizenkleie 7,75 —,— M., Weizenschale f. 7,75 —,— M., Haidemehl 32,00 M.

Der Vorstand des Mehlbörsenvereins.

Getreide.

* Nordhausen, 21. Febr. Weizen ell 11,50—12,00 M., Roggen 10,50—11,25 M., Gerste 9,50—12,50 M., Hafer 9,75—10,25 M.

* Hamburg, 21. Febr. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 128—138 Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 124—126, russischer loco fest, loco neuer 78—80. Hafer fest. Gerste fest.

* Stettin, 21. Febr. Weizen loco fester, neuer 120—134, per April-Mai 137,00, per Mai-Juni 138,00. Roggen loco behauptet, 111—114, per April-Mai 116,50, per Mai-Juni 117,25. Pomm. Hafer loco 100—110.

* Wien, 21. Febr. Weizen per Frühj. 6,59 Gd., 6,61 Br., per Mai-Juni 6,70 Gd., 6,72 Br. Roggen per Frühj. 5,63 Gd., 5,65 Br., per Mai-Juni 5,74 Gd., 5,76 Br. Hafer per Frühj. 6,18 Gd., 6,20 Br., per Mai-Juni 6,20 Gd., 6,22 Br.

* Pest, 21. Febr. Weizen matt, per Frühj. 6,49 Gd., 6,50 Br., per Herbst 6,90 Gd., 6,91 Br. Roggen per Frühj. 5,43 Gd., 5,44 Br. Hafer per Frühj. 6,03 Gd., 6,05 Br.

* New York, 21. Febr. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 58.

Zucker.

* Hamburg, 21. Febr. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Febr. 9,15, per März 9,10, per Mai 9,20, per 9,45. Lustlos.

* Hamburg, 21 Febr. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% frei an Bord Hamburg, per Febr. 9,15, per Mai 9,20. Ruhig.

* Paris, 21. Febr. (Schlussber.) Rohzucker, ruhig, 88% loco 24,50, 24,75. Weisser Zucker ruhig, Nr. 3. per 100 kg., per Febr. 26,12½, per März-Juni 26,37½, per Mai-Aug. 26.75, Okt-Jan. 27.25.

* London, 21. Febr. 96% Javazucker loco 11 ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 ruhig.

Kaffee.

* Hamburg, 21. Febr. Kaffee fest, Umsatz 1500 Sack.

* Hamburg, 21. Febr. (Bericht der Hamb. Firma Joswi h u. Comp.) Kaffee good average Santos per März 79, per Mai 77¼, per Sept. 77, per Dez. 74½. Behauptet.

* Hamburg, 21. Febr. (Nachmittagsbericht) Good average Santos per März 78¾, per Mai 77¼, per Sept. 76¾, per Dez. 74. Schleppend.

* Hamburg, 21. Febr. Abends 6 Uhr. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u. Comp.) Kaffee good average Santos per Febr. 79, per Mai 77¼, per Sept. 77. Behauptet.

* Havre, 21. Febr. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Com.) Kaffee good average Santos per Febr. 96,50, per März 96,25, per Mai 96,00. Unregelmässig.

* Amsterdam, 21. Febr. Java-Kaffee good ordinary 54.

Spiritus.

* Stettin, 21. Febr. Spiritus loco fester, mit 70 M. Konsumsteuer 31,40.

* Posen, 21. Febr. Spiritus loco ohne Fass 50er) 49.50 do. loco ohne Fass (70er) 31,00. Behauptet.

* Breslau, 21. Febr. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 49,50, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 30,00 do. do.

* Hamburg, 21. Febr. Spiritus still, per Febr.-März. 18½ Br. per März-April 18½ Br. per April-Mai 19 Br. per Mai-Juni 19½ Br.

* Paris, 21. Febr. (Schlussbericht.) Spiritus matt, per Febr. 31,25, per März 31,25, per März-April 31,25, per Mai-August 31,25.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Stettin, 21. Febr. Rüböl loco unveränd., per April-Mai 43,00, per Sept.-Okt. 43,00.

* Breslau, 21 Febr. Rüböl per Febr. 42,0. per Mai 43,00.

* Köln, 21. Febr. Rüböl loco 48,00, per Mai 46,30, per Okt 46,10 Br.

* Bremen, 21. Febr. Schmalz. Matt. Wilcox 35½ Pfg. Armour shield 35 Pfg. Cudahy 35¾ Pfg. Fairbanks 29½ Pfg. Speck. Ruhig. Short clear middling loco 39¾, Januar-Februar-Abladung 39¾.

* Hamburg, 21. Febr. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 43½.

* Pest, 21. Febr. Kohlraps per Aug-Sept. 10,40 Gd., 10,55 Br.

* Paris, 21 Febr. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, per Febr. 54,50, per März 53,75, per März-Juni 51,50, per Mai-Aug. 47,50.

Petroleum.

* Stettin, 21. Febr. Loco 10.25.

* Hamburg, 21. Febr. Petroleum loco ruhig. Standard white loco 5,50 Br.

* Bremen, 21. Febr. (Börsen Schluss-Bericht) Raffinirtes Petroleum. Offiz. Notirung der Bremer Petroleum-Börse) Ruhig. Loco 5,50 Br.

* Antwerpen, 21. Febr. (Schluss-Bericht.) Raffinirtes Type weiss loco 15½ bez. u. Br. per Febr. 15½ Br., per Febr.-März 15½ Br., per Sept.-Dez. 16 Br. Fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950222024/fragment/page=0002